

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung – 16.419n Pa.Iv. Humbel. Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste: Vernehmlassungsverfahren

Stellungnahme von

Name / Firma / Organisation : H+ Die Spitäler der Schweiz

Abkürzung der Firma / Organisation : H+

Adresse : Lorrainestrasse 4A

Kontaktperson : Conrad Engler

Telefon : Leiter Geschäftsbereich Politik

E-Mail : conrad.engler@hplus.ch

Datum : 16.12.2019

Wichtige Hinweise:

1. Wir bitten Sie keine Formatierungsänderungen im Formular vorzunehmen und nur die grauen Formularfelder auszufüllen.
2. Wenn Sie einzelne Tabellen im Formular löschen oder neue Zeilen hinzufügen möchten, so können Sie unter "Überprüfen/Dokument schützen/Schutz aufheben" den Schreibschutz aufheben. Siehe Anleitung im Anhang.
3. Bitte pro Artikel, Absatz und Buchstabe oder pro Kapitel des erläuternden Berichtes eine Zeile verwenden.
4. Ihre elektronische Stellungnahme senden Sie bitte **als Word-Dokument** bis am **16. Dezember 2019** an die folgenden E-Mail Adressen:
tarife-grundlagen@bag.admin.ch; gever@bag.admin.ch
5. Spalte "Name/Firma" muss nicht ausgefüllt werden.

Herzlichen Dank für Ihre Mitwirkung!

**Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung – 16.419n Pa.Iv. Humbel. Wettbewerbspreise bei
Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste: Vernehmlassungsverfahren**

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Revision und zum erläuternden Bericht	3
Bemerkungen zu einzelnen Artikeln des Entwurfs der Änderung und zu deren Erläuterungen	5
Bemerkungen zu den Auswirkungen der Vorlage (insbesondere auf die Versicherer / Kantone)	7
Weitere Vorschläge	8
Anhang: Anleitung zum Einfügen zusätzlicher Zeilen:	9

Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung – 16.419n Pa.Iv. Humbel. Wettbewerbspreise bei Medizinalprodukten der Mittel- und Gegenständeliste: Vernehmlassungsverfahren

Allgemeine Bemerkungen zum Entwurf der Revision und zum erläuternden Bericht	
Name/Firma	Bemerkung/Anregung
H+	Das EDI hat wie gewünscht die Revision der MiGeL durchgezogen und konsequent den Auslandpreis als Referenz beigezogen und damit wesentliche Verbesserungen erreicht, auch bei der Periodizität der Überprüfungen. Bis Ende 2017 überprüfte das EDI/BAG die umsatzstärksten Produktgruppen Verbandmaterial, Diabetes und Inkontinenzmaterial. Diese Positionen generieren rund 60 Prozent der Kosten im Bereich der MiGeL (rund 430 Mio. CHF). Im Zuge dieser Arbeiten wurden auch Grundsatzfragen zur Optimierung der Festlegung von HVB bearbeitet. In diesem Zusammenhang stellt der Bundesrat eine konsequentere Anwendung des Auslandpreisvergleichs und eine periodische Überprüfung der MiGeL in Aussicht. Die Revisionsarbeiten sollen Ende 2019 abgeschlossen werden. Der Bundesrat zeigt sich bestrebt, die Datenqualität der MiGeL-Kosten in Zusammenarbeit mit den Versicherern zu verbessern. Bei der Aufsicht über die Abgabestellen sieht der Bundesrat keinen Handlungsbedarf. H+ schliesst sich dieser Haltung des Bundesrates an und verweist auf die guten Erfahrungen der geltenden Regelung, die sich in der Praxis bewährt hat.
H+	Die Revision, die nun vorliegt, ist äusserst patientenfeindlich, kompliziert, mit einem hohen Verhandlungsaufwand verbunden. Die Mehrkosten von solchen bürokratischen Regelungen übersteigen meist die Einsparungen, zumal schon durch die laufende Überprüfung sichergestellt wird, dass die Preise nicht zu hoch sind.
H+	H+ unterstützt deshalb den Minderheitsantrag (Heim, Carobbio Guscetti, Feri Yvonne, Gysi, Graf Maya, Ruiz Rebecca, Schenker Silvia), auf die Vorlage nicht einzutreten. Ein System, bei welchem die Versicherer die Preise aller Mittel und Gegenstände vertraglich aushandeln müssen, erachtet auch H+ als ineffizient. Angesichts des Kostenvolumens der Vergütungen im Bereich der MiGeL (720 Mio. CHF im 2017) würde sich auch nach Ansicht von H+ der administrative Mehraufwand nicht lohnen. Ferner bezweifelt H+ zusammen mit der Minderheit, dass ein Vertragssystem zwischen Versicherern und Leistungserbringern oder Herstellern von Mitteln und Gegenständen funktionieren würde. Zu Recht verweist die Minderheit dabei auf Erfahrungen aus anderen Bereichen der OKP, namentlich auf die Verhandlungen zwischen Versicherern und Ärzten bei den Ärzttarifen. H+ schliesst sich dieser Aussage vollumfänglich an angesichts der Jahrzehntelangen Blockade beim ambulanten Tarif TARMED und der Notwendigkeit des Bundesrates, von seiner subsidiären Kompetenz gebrauch zu machen, wenn ein Kostenträger Revisionen verhindert. Schliesslich weist die Minderheit auf die laufenden Revisionsarbeiten des Bundesrates im Bereich der MiGeL hin. Bevor weitere Schritte ergriffen werden, will sie die Revision abwarten und überprüfen, ob die getroffenen Massnahmen griffig seien.
H+	H+ kommt zum Schluss, dass die vorliegende Revision weit über das Ziel hinausschiesst und gar zu Verschlechterungen in der Versorgung und grossen Nachteilen für die Patientinnen und Patienten führen würde. Darum unterstützt H+ den Nichteintretensantrag der Minderheit der Kommission.